



Die akademische Ausrichtung der Pädagogischen Hochschule (hier Liestal) wird von den Mitarbeitenden und Studierenden kritisiert.

ARCHIV JUN

FHNW-Studenten fürchten Jobeinstieg

Zu wenig Praxis Ein Vorstoss fordert, dass angehende Primarlehrer mehr Erfahrungen sammeln

VON LEIF SIMONSEN

Die Fachhochschülerin steht kurz vor dem Abschluss ihres Studiums an der Pädagogischen Hochschule (PH) in Liestal. Aber eigentlich fühlt sie sich nicht vorbereitet auf das, was nachher kommt. In der dreijährigen Ausbildung zur Primarlehrerin musste sie vor allem Theorien auswendig lernen und wissenschaftliche Arbeiten verfassen. Insgesamt musste sie nur in vier Kurzpraktika à drei bis vier Wochen vor einer Primarklasse stehen. Zwischen dem zweiten und dem dritten Jahr sammelte sie überhaupt keine Praxiserfahrung.

Die Studentin der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW), die ihren Namen nicht in der Zeitung lesen will, ist nicht die Einzige, die sich Sorgen macht. «Viele von uns Schulabgängern fürchten, dass wir mit diesem Studium als Primarlehrer überfordert sein werden», sagt sie und ergänzt: «Ein Grossteil der Dozenten teilt unser Unbehagen über die theorie-lastige Ausbildung.»

Zweifel am Hochschulstatus

Die Hilferufe der FHNW-Studenten werden auch in der Politik gehört. «Das Thema ist heiss», sagt der Basellbieter Grünen-Landrat Jürg Wiedemann. Der Bildungspolitiker will des-

halb die Primarlehrausbildung der Pädagogischen Hochschule so schnell wie möglich aufs politische Tapet bringen. Morgen Donnerstag wird er im Landrat einen Vorstoss mit dem Titel «Viel Theorie und Forschung, wenig Praxis» einreichen.

Für das Postulat hat er sich nicht nur über die Parteigrenzen, sondern auch über die Kantons-grenzen hinweg auf die Suche nach Unterstützung gegeben. Mit Erfolg: Im Landrat werden EV-Pler Martin Geiser und der Grünliberale Hans Furer den Vorstoss unterzeichnen. Ebenfalls hat Wiedemann die Fraktionen der Grünen in Basel-Stadt, Solothurn und Aargau kontaktiert. Wenn es um die FHNW geht, hört die Welt nicht an den Kantons-grenzen auf – die Fachhochschule wird von den vier Nordwestschweizer Kantonen getragen.

«Eine starke Primarschule setzt qualitativ sehr gute Lehrpersonen voraus. Sie müssen die Fähigkeit haben, den Primarschulstoff stufengerecht zu vermitteln», schreibt Wiedemann im Vor-

stoss. Im Hinblick auf die nächste Leistungsperiode (2015-2017) will er parlamentarischen Druck aufsetzen: Er fordert den Regierungsrat auf, auf eine «markante Erhöhung» der Praxislehre und eine «drastische Senkung» der Theorie- und Forschungs-teile hinzuwirken. Der Birsfelder hält auch den Hochschul-Status bei der Ausbildung von Primarlehrern nicht für zweckmässig: «Das Label «Hochschule» ist zwar dässig, aber was bringt die ganze Forschung, wenn die ausgebildeten Lehrer das stufenge-

rechte Unterrichten nicht gelernt haben?»

«Was bringt die Forschung, wenn die ausgebildeten Lehrer das stufengerechte Unterrichten nicht gelernt haben?»

Jürg Wiedemann, Grünen-Landrat BL

nicht gelernt haben?»

Landrat ohne direkten Einfluss

In der Interparlamentarischen Kommission der FHNW wurde Wiedemanns Anliegen bei der Sitzung am Montag erstmals diskutiert. Auch wenn Details der Kommissionsberatung nicht an die Öffentlichkeit dringen: Der Wunsch nach mehr Praxisbezug scheint unbestritten. Gemäss FDP-Landrat und Kommissionsmitglied Michael Herrmann decke sich

Auch Ausbildung der Sek-Lehrer kritisiert

Die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) steht schon seit geraumer Zeit in der Kritik. Im vergangenen Herbst hatte eine Umfrage ergeben, dass unter den Mitarbeitenden der Pädagogischen Hochschule (PH) **Unzufriedenheit herrscht**. Neben der Ausbildung der Primarlehrer beschäftigt die Politiker zudem auch das Sek-Lehrer-Studium. Das Komitee Starke Schule Baselland fordert, dass die PH **keine Fachausbildungen** mehr anbieten soll: Diese gehörten an die Uni. (BZ)

der Eindruck Wiedemanns mit «zahlreichen Rückmeldungen aus der Praxis». Lehrplan haben die Parlamente aber nicht. Sie können den Leistungsauftrag höchstens ablehnen. Spätestens seit 2011 weiss aber die Basellbieter Regierung, dass das Parlament im Landkanton die FHNW-Gelder nicht bloss abnickt. Damals sagte der Landrat zunächst Nein zu einer Erhöhung der jährlichen Beiträge. Erst die intensive Lobbyarbeit von Bildungsdirektor Urs Wüthrich konnte das Parlament schliesslich doch noch umstimmen.

Basellandschaftliche Zeitung, 15.1.2014